



HESSISCHER LANDTAG

22. 02. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Schaustellerinnen, Schausteller und Marktkaufleute benötigen finanzielle Unterstützung des Landes

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das vielfältige gesellschaftliche und kulturelle Leben in unserem Land in Zeiten der Pandemie stark gelitten hat. Für den Landtag zählt die reichhaltige Volksfestkultur zum kulturellen Reichtum unseres Landes, in dem mit dem Lullusfest das älteste, noch immer stattfindende Volksfest in Hessen seine Heimat hat.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, durch passgenaue Hilfen für die Schaustellerinnen und Schausteller sowie Marktkaufleute und Kommunen die traditionellen Volksfeste, Messen, Märkte und Weihnachtsmärkte zu erhalten und somit aktiv gegen das Volksfeststerben vorzugehen. Für die Kommunen sind die Kosten für die Durchführung von Volksfesten aller Art durch die Pandemie gestiegen. Diese Kosten sind durch das Land zu übernehmen. Diese Kostenübernahme ist für die Kommunen und die Marktkaufleute ein wichtiges Signal der Bekräftigung des Wunsches, die anstehenden Volksfeste in diesem Jahr auch durchzuführen und finanzielle Planungssicherheit zu geben.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die wirtschaftlich prekäre Situation der Schaustellerinnen und Schausteller sowie Marktkaufleute in der Pandemie nicht ausreichend berücksichtigt hat. So waren Hilfen bisher nie ausreichend auf die Branche zugeschnitten. Die Landesregierung ist mehr denn je jetzt gefordert zu helfen.

Begründung:

Gerade die Branche der Schaustellerinnen und Schausteller sowie Marktkaufleute hat insbesondere unter der Pandemie gelitten. Zur Sicherung des kulturellen hessischen Volksfesterbes ist es unabdingbar, die meist familiengeführten Schaustellerbetriebe und andere Marktbesucher zu unterstützen, damit weiterhin Volksfeste stattfinden können.

Die Finanzierung von Volksfesten, Messen, Märkten und Weihnachtsmärkten wurde bisher durch die Einnahmen über Standgelder, Sponsoren und Tourismuszuschüsse gedeckt. Die Standgelder kamen von verschiedenen Akteuren wie Händlerinnen und Händlern, Gewerbeausstellerinnen und -ausstellern, Schaustellerinnen und Schaustellern sowie Vereinen auf den Veranstaltungen zusammen. Durch das Wegbrechen von Lieferketten, Personal, auch ganzer Unternehmen, die zurzeit nicht mehr leistungsstark agieren können, ist mit einer Ausfallquote von über 30 Prozent in allen Bereichen zu rechnen. Dazu kommen erhöhte Kosten durch Hygieneauflagen und der längeren Laufzeiten, um die Publikumsdichte zu entzerren, sowie höhere Energiekosten. Eine mögliche Unterdeckung der Kosten bei den Kommunen ist zu verhindern, deshalb muss das Land Finanzierungszusagen geben.

Wiesbaden, 22. Februar 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph